



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

24. Oktober 2023

Stöcker initiiert Antrag der Unionsfraktion /

Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken / „Wir hoffen auf Unterstützung der Ampel“ /

Diana Stöcker (CDU), direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis Lörrach-Müllheim, hat einen Antrag der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag initiiert. Der Antrag „Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken“ wurde maßgeblich von Stöcker, Berichterstatterin der Unionsfraktion für das Thema „Psychiatrie und Psychotherapie“ im Gesundheitsausschuss, auf den Weg gebracht.

Diana Stöcker: „Ich freue mich, dass der von mir initiierte Antrag nun in den Bundestag eingebracht wurde. Der Einsatz für eine bessere Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen ist ein wichtiges Signal an die betroffenen Menschen. Eine Auswertung der Bundespsychotherapeutenkammer ergab für das Jahr 2019 eine durchschnittliche Wartezeit

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

vom Erstgespräch bis zum Beginn einer Psychotherapie von 142 Tagen. Diese langen Wartezeiten sind nicht akzeptable.“

Im Antrag der Unionsfraktion wird unter anderem gefordert, einen gesetzlichen Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) zu richten mit dem Ziel, die Bedarfsplanung in der Psychotherapie weiterzuentwickeln und dabei die regionalen Verhältniszahlen für die Arztgruppe der Psychotherapeuten bedarfsgerecht anzupassen.

Außerdem sollen stationäre Behandlungsfälle reduziert werden. Der aufgrund psychischer Erkrankungen resultierende Ausfall von Erwerbstätigen für den Arbeitsmarkt sollte bestmöglich verringert. Die langen Wartezeiten bei Psychotherapeuten sowie Fachärzten stehen diesen Zielen jedoch entgegen.

Stöcker: „Die Bundesregierung hatte eine Reform der Bedarfsplanung bereits in ihren Koalitionsvertrag geschrieben – passiert ist indes noch nichts. Deshalb hoffen wir jetzt auf die Unterstützung der Ampel-Regierung für unseren Antrag. Wir erleben einen stetig steigenden Bedarf. Um die Versorgungslage nachhaltig zu verbessern, brauchen wir mehr Therapieangebote.“

Im Antrag der Unionsfraktion wird zudem gefordert, die Versorgung für schwer psychisch kranke Versicherte mit komplexem

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

psychiatrischem oder psychotherapeutischem Behandlungsbedarf gezielt zu stärken. Hierzu soll der Richtlinie über die berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung für schwer psychisch Kranke (KSV-Psych-RL) gefördert und Behandlungskapazitäten gezielt gestärkt werden.

Darüber wird der weitere Ausbau der psychischen Krisen- und Notfallversorgung mit einheitlichen Standards gefordert. Für psychische Ausnahmesituationen wird die Einführung einer einheitlichen Notrufnummer vorgeschlagen.

Für Kinder und Jugendliche fordert die Unionsfraktion niedrigschwellige und flächendeckende Zugänge zu Beratungs- und Hilfsangeboten, zum Beispiel schulpsychologische Unterstützungsangebote und mehr qualifizierter Schulsozialarbeit.

Außerdem müssen gesetzlichen Regelungen über eine angemessene Finanzierung der ambulanten und stationären Weiterbildung zum Fachpsychotherapeuten verabschiedet werden. „Ansonsten besteht die ernste Gefahr, dass ein Großteil der Absolventen des neuen Masterstudiengangs Psychologie und Psychotherapie ab dem kommenden Jahr keine Möglichkeit haben wird, den beruflichen Weg fortzusetzen, weil Weiterbildungsplätze fehlen“, betont Stöcker.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung